

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1888

16.5.1888 (No. 134)

Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 16. Mai.

No. 134.

Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorabbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einkaufsgebühr: die gepaltene Papiertzeit oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1888.

Dichtamtlicher Theil.

Karlsruhe, den 15. Mai.

Fürst Bismarck ist, wie uns ein Telegramm aus Berlin meldet, heute früh 8 Uhr 40 Min. von dort nach Barzin gereist. Man darf in seiner Reise nach Barzin wohl eine Bestätigung dafür erblicken, daß die günstigere Wendung im Befinden Seiner Majestät des Kaisers anhält. Heute früh ist in Charlottenburg wieder ein Bulletin ausgegeben worden, nach welchem der Zustand des Kaisers in den letzten Tagen gut geblieben ist und der Appetit sowie die Kräfte zugenommen haben. In den letzten Berichten wurde erwähnt, daß seit einigen Tagen bei Seiner Majestät Schlingbeschwerden aufgetreten seien. Zum Verständnis dieser Meldung ist zu bemerken, daß eine leichte Nachenentzündung besteht; doch konstatirt das heutige Bulletin, daß die Schlingbeschwerden sich bereits verringern. Das Fieber bleibt jetzt auch in den Abendstunden ganz gering.

Die französischen Kammern treten heute wieder in Thätigkeit und mit der Wiederaufnahme der parlamentarischen Verhandlungen trifft die Rückkehr Boulanger's aus dem Departement du Nord zusammen. Bei den stark gefärbten Berichten der boulangistischen Blätter ist es schwer, sich ein richtiges Bild von der Aufnahme Boulanger's in den Städten des Norddepartements zu machen; aber es steht fest, daß sich in den Jubel der Boulangisten überall zahlreiche Kundgebungen des Mißfallens gemischt haben und diese letzteren sind um so bemerkenswerther, als einiger Muth dazu gehörte, sein Mißfallen über den mit Herrn Boulanger getriebenen Kultus öffentlich zu äußern; denn die boulangistischen Motten terrorisirten die Bevölkerung und haben an vielen Orten Andersdenkende, die da meinten, wo es erlaßt ist zu applaudiren, sei es auch erlaßt zu pfeifen, übel zugerichtet. So ist es fast an allen Orten, die der Deputirte des Norddepartements auf seiner Rundreise berührte, zu mehr oder minder erheblichen Schlägereien gekommen, trotzdem die in starken Massen aufgebotene Polizei so viel als möglich bemüht war, die Ruhe auf den Straßen aufrecht zu erhalten. Der friedliebende Theil der Bevölkerung verhielt sich, wie man annehmen darf, passiv und es ist zugestanden, daß die Mehrheit der auf den Straßen verammelten Menge aus Neugierigen bestand, die man nicht ohne Weiteres den Boulangisten zählen darf, weil sie die Gelegenheit benutzten, den Wundermann Boulanger kennen zu lernen. Die Neben, welche Boulanger auf seiner Reise gehalten hat, sahen einander ziemlich ähnlich; es wiederholte sich in ihnen neben der Forderung der Kammerauflösung und der Verfassungsrevision die entschiedene Bewahrung Boulanger's gegen die Meinung, daß er nach der Diktatur strebe und einen Angriffskrieg wünsche. Diese Versicherungen werden durch ihre häufige Wiederholung schwerlich glaubwürdiger erscheinen. Jedenfalls ist es eine bezeichnende Thatsache, daß trotz Boulanger's Versicherung, keinen Krieg zu wollen, doch die Anhänger der Revancheidee in ihm den Mann ihres Vertrauens und ihrer Hoffnung verehren und den eigentlichen Stamm der Boulangisten darstellen. Eine Sprache, die an Offenheit nichts zu wünschen übrig ließ, hat Boulanger auf seiner Agitationsreise gegen die Kammer und die derzeitige Regierung geführt und man darf jetzt nach dem Wiederzusammentritt der Kammern neugierig sein, welche Antwort Regierung und Parlament auf die Herausforderung Boulanger's haben. Die Regierung wird, wenn sie Herrn Boulanger nicht in die Hände arbeiten will, darnach trachten müssen, die in letzter Zeit gelockerte Einigkeit der republikanischen Parteien zu befestigen; denn die gemäßigten Republikaner zeigen sich nicht geneigt, sich nur als Bausteine in der Schutzmauer gegen den Boulangismus verwenden zu lassen, während alle Vortheile der Situation den Radikalen zu Gute kommen. Der heute beginnende Sessionsabschnitt erhält seine Bedeutung dadurch, daß das Ministerium Floquet mit den republikanischen Kammerfraktionen zu einer Auseinandersetzung gelangen muß, die über das künftige Verhältnis beider Theile zu einander Klarheit schafft.

In England steht gegenwärtig die Frage der Verstärkung der Wehrkraft auf der Tagesordnung. Eine Fluth von Zeitungsartikeln und Broschüren ist diesem Gegenstande gewidmet, in Versammlungen werden die Mißstände der Landesverteidigung und die infolge dessen drohenden Gefahren in grellen Farben geschildert, und wenn bisher die öffentliche Meinung geneigt war, im Vertrauen auf die günstige geographische Lage Englands die militärischen Aufgaben zu unterschätzen, so ist neuerdings mit ihr in diesem Punkte eine vollständige Umwandlung vorgegangen. Lord Salisbury versichert, daß

die Regierung sich des Ernstes ihrer Aufgabe vollkommen bewußt sei, und daß sie auch die patriotische Absicht Derer, welche durch eine Schilderung der bestehenden Mißstände die Nothwendigkeit einer durchgreifenden Reform darthun wollen, anerkenne; aber er warnt wohl mit Recht vor einer zu weitgehenden öffentlichen Kritik, die, statt England zu nützen, das Ansehen des Königreiches schädige und die Bevölkerung beunruhige. Der Premierminister hat in der Freitagssitzung des Oberhauses, in welcher der Allarmartikel des „Daily Telegraph“ über die Mängel des englischen Heerwesens zur Sprache kam, namentlich auch über das auffällige Verhalten des Generals Wolseley Klage geführt und sich darüber beschwert, daß hohe Offiziere wie Wolseley sich in öffentlichen Reden abfällig über die angebliche Energielosigkeit der Regierung in den militärischen Fragen ausprechen. In der gestrigen Sitzung des Oberhauses antwortete Lord Wolseley auf den ihm vom Premierminister erteilten Tadel. Es wird darüber telegraphisch gemeldet:

Im Oberhause erklärte General Lord Wolseley, er habe vor der Freitagssitzung im Oberhause über die Verhältnisse in der Armee keine Kenntniß von dem Artikel des „Daily Telegraph“ gehabt. In der beanstandeten Rede habe er nicht die Regierung angegriffen, sondern nur die Nachteile einer Parteilagerung für Heer und Flotte betont. Die jetzige Regierung habe das Heer und die Flotte nicht vernachlässigt, sondern gefördert. Er halte aber an der Ansicht fest, daß, so lange die englische Flotte so schwach wie jetzt sei, das Heer seinen Platz nicht behaupten könne, da überall in der Welt die Ansicht verbreitet sei, daß der Zustand und die Verteidigungsmittel Englands daheim und anderwärts unbefriedigend und die militärischen Streitkräfte nicht so organisiert und ausgerüstet seien, wie sie es sollten. Er glaube nicht, daß dieser Vorgang dazu angethan sei, ihn als Militär zur Demission zu zwingen. Lord Salisbury sprach hierauf seine rückhaltlose Anerkennung über die Art aus, wie Lord Wolseley von der jetzigen Regierung gesprochen habe, indem er jeden Angriff auf dieselbe desavouirte. Er hoffe, derselbe werde den Zwischenfall nicht zu ernst nehmen, denn der Rücktritt Wolseley's wäre ein bedeutender Schlag für die englische Heeresverwaltung. Das heutige militärische Glaubensbekenntnis desselben sei ein sehr ernstes, die Regierung werde die größte Aufmerksamkeit bewahren müssen; die endgiltige Entscheidung müsse aber der Regierung zustehen. Das Heer und die Flotte befänden sich in einem besseren Zustande als je zuvor und die Regierung treffe zur Sicherheit des Landes die nothwendigen Maßregeln.

Mit dieser Auseinandersetzung darf man den Zwischenfall wohl für abgeschlossen halten; die öffentliche Meinung aber darf aus den Erklärungen der Premierministers die Gewißheit entnehmen, daß die Regierung den militärischen Angelegenheiten fortgesetzt ihre ernste Aufmerksamkeit widmet, ohne dazu eines Spornes zu bedürfen.

Der Verband der deutschen Berufsgenossenschaften wird, wie die „B. B. N.“ hören, einem auf dem letzten Berufsgenossenschaftstage gefaßten Beschlusse zufolge demnächst mit dem deutschen Aerztestage Verhandlungen über eine sachgemäßere Form der ärztlichen Gutachten betrefsend durch den durch Unfälle hervorgerufenen Verletzungen einleiten. In berufsgenossenschaftlichen Kreisen überwiegt die Ansicht, daß der Arzt sich darauf zu beschränken habe, lediglich den körperlichen Befund festzustellen, die Beantwortung der Frage nach dem Grade der infolge des Unfalls eingetretenen Erwerbsunfähigkeit aber, die bisher häufig ärztlicherseits in dem Gutachten mit vorgenommen wird, lediglich den Organen der Berufsgenossenschaften zu überlassen habe.

Deutschland.

* Berlin, 14. Mai. Es wird bestätigt, daß die Besserung im Befinden Seiner Majestät des Kaisers weiter erfreuliche Fortschritte macht. Das Fieber war gestern Abend gänzlich verschwunden; auch heute Morgen war der Kaiser vollständig fieberfrei. Der Schlaf war in der letztverfloffenen Nacht erheblich besser, als in der ganzen vorigen Woche. Es ist das wohl darauf zurückzuführen, daß die Eiterabsorption augenblicklich merklich abgenommen hat und in Folge dessen der schlaffördernde Hustenreiz mehr und mehr verschwindet. Auch die Schlingbeschwerden treten nur noch ganz mäßig auf. Die Ernährung macht weitere Fortschritte und in gleichem Maße nehmen auch die Körperkräfte wieder zu. Seine Majestät konnte heute um 9 $\frac{1}{2}$ Uhr das Bett verlassen und nach seinem Arbeitszimmer gehen. Es ist Aussicht vorhanden, daß Allerhöchstdemselben in kurzer Zeit auch der Aufenthalt im Park gestattet werden kann, vorausgesetzt natürlich, daß nicht die Witterungsverhältnisse die Ausführung dieser Absichten vereiteln. Die geistige Regsamkeit hält mit der Zunahme der körperlichen Kräfte gleichen Schritt. Der Kaiser fühlt einen sehr großen Arbeitsdrang und die geistige Beschäftigung beschränkt sich nicht mehr bloß auf Lesen, sondern dehnt sich auch auf die Erledigung verschiedener Regierungsangelegenheiten aus. Die Stimmung des Kaisers ist, den Verhältnissen entsprechend, vortrefflich. — Seine kaiserliche Hoheit der Kronprinz beehrte gestern den Professor v. Bergmann mit einer Einladung

zur Tafel und fuhr heute um 2 Uhr 48 Minuten nach Malinö zum Grafen Finkenstein, um einer Einladung desselben zur Theilnahme an der Jagd zu entsprechen.

Gestern Nachmittag fand eine Sitzung des Staatsministers unter dem Vorsitz des Fürsten Reichskanzler statt, der alle zur Zeit hiersebst anwesenden Staatsminister bewohnten.

Wie die „Nat.-Ztg.“ hört, ist Professor Virchow gestern Nachmittag um 3 Uhr von der Kaiserin und dann auch vom Kaiser empfangen worden. Derselbe hat etwas von dem Auswurf des Kaisers im verschlossenen Glasfläschchen zu erneuter mikroskopischer Untersuchung erhalten. Auch mit Herrn Mackenzie hatte Professor Virchow eine Zusammenkunft.

Die Ausschüsse des Bundesraths sind in dieser Woche mit dem Hollanschlusse Hamburgs beschäftigt, zu welchem Zwecke die hamburgischen Bevollmächtigten fast vollständig hier anwesend sind. Sobald die Beratungen über die Arbeiteraltersversorgung zum Abschlusse gelangt sind, wird der Bundesrath in der Lage sein, die alljährlichen Sommerferien eintreten zu lassen; bis dahin sollen auch die laufenden Gegenstände im Wesentlichen abgewickelt sein.

Die Ausführungsbestimmungen zum Zuckersteuergesetz, welches bekanntlich am 1. August d. J. in Kraft tritt, sind, wie die „B. B. N.“ hören, in einem vorläufigen Entwurfe fertiggestellt und den Bundesregierungen zur gutachtlichen Aeußerung mitgetheilt worden. Die Bestimmungen werden jedenfalls rechtzeitig genug dem Bundesrath zur Beschlußfassung zugehen, um noch vor der Sommerpause zur Erledigung zu gelangen.

Das Abgeordnetenhaus nahm heute in zweiter Abstimmung den Gesetzentwurf betreffend die Erleichterung der Volksschulasten fast einstimmig an, nachdem die Abgeordneten v. Rauchhaupt und Windthorst erklärt hatten, ihre Parteien würden bei den gefaßten Beschlüssen stehen bleiben. Der Gesetzentwurf über die Verbesserung des Laufes der Oder und der Spree wurde nach unerheblicher Debatte in zweiter Lesung unverändert nach den Kommissionsanträgen genehmigt. — Die allgemeine Rechnung über den Staatshaushalt 1884/85 wurde nach längerer Berathung, in welcher gegen die Anträge der Rechnungscommission konstitutionelle Bedenken erhoben wurden, zur nochmaligen Berathung an die Kommission zurückverwiesen.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ beleuchtet das Verfahren, das seitens der französischen Behörden beobachtet wird, um deutschen Geschäftsreisenden den Aufenthalt in Frankreich zu verwehren, an dem Falle eines durchaus unverdächtigen deutschen Schriftsetzers namens Benno Vittauer der im April seine kranke Schwester in Reims besuchen wollte, an der Grenze bei Igney-Arcicourt aber von einem französischen Polizeikommissär mit dem Bemerkten angehalten wurde, daß er vor dem Betreten französischen Gebietes erst eine bezügliche Erlaubniß vom Präfekten zu Nancy zu erbitten habe. Die Thatsache, daß der Reisende mit einem vorchriftsmäßigen Paß des königl. Polizeipräsidenten zu Breslau ausgerüstet war, fand keine Berücksichtigung. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ sagt, wenn das in diesem einzelnen Falle beobachtete Verfahren französischerseits zur allgemeinen Richtschnur erhoben werden sollte, so dürften wir der Zeit entgegengehen, wo der durch die politische Spannung ohnedies so unbehagliche Verkehr zwischen den Nachbarländern gänzlich stocken wird.

Dem Vernehmen nach sind außer dem allgemeinen Amnestieerlaß für die Armee und die Marine noch für die von Militär- und Marinegerichten verurtheilten Personen weitere umfangreiche Gnadenakte in Aussicht genommen.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Wie uns von geschätzter Seite aus Zürich mitgetheilt wird, haben auch dort Sammlungen zu Gunsten der deutschen Ueberschwemmten stattgefunden und den ansehnlichen Betrag von etwa 21 000 Francs ergeben. Die in Zürich ansässige deutsche Kolonie weist wohlhabendere Mitglieder in nicht eben großer Zahl auf, dennoch sind die Gaben zur Linderung der Noth in überaus reichlichem Maße geflossen, und beteiligten sich an dem Liebeswerke alle Stände, auch die dienende Klasse, in oft rührender Weise. Wenn wir noch konstatiren, daß der größere Theil der gesammelten Summen von Schweizerbürgern herrührt, sowie daß außer den beim kaiserlichen Konsulat in Zürich eingezahlten Beträgen von dortigen Bank- und Versicherungsanstalten, von Gesellschaften und Vereinen namhafte Summen direkt nach Berlin eingesandt wurden, so dürfte dieser Umstand wohl zur Genüge darthun, wie wenig von einem in weiteren Kreisen Zürich's angeblich gehegten „Deutschenhaß“ die Rede sein kann. Dem Werner „Bund“ zufolge sind in der Stadt Basel zu Gunsten der deutschen Ueberschwemmten im Ganzen 12 636 Francs gesammelt und an das Auswärtige Amt in Berlin abgesandt worden. Das Blatt meint, der Heimathsheim der geflossenen Gaben dürfte vorwiegend ein schweizerischer sein.

Posen, 14. Mai. Nach einem Privattelegramm der „Post“ ist Weihbischof Dr. Korzykowski in Gnesen gestorben.

Straßburg, 14. Mai. Den durch ein Schreiben des Landesauschussesmitglied Baron Charpentier an das „Essener Journal“ über die Handhabung der Grenzpolizei hervorgerufenen Anschuldigungen der französischen Presse gegenüber erklärt die „Landesztg. f. Elz-Lothr.“, daß bis jetzt keine Beschwerden eingelaufen seien. Die inzwischen abermals veranlaßten amtlichen Ermittlungen haben nur von Neuem bestätigt, daß die Grenzpolizeibeamten ihren Dienst unter genauer Innehaltung der ihnen erteilten Weisung und der ihnen empfohlenen Vorsicht versehen und daß die Zahl der von dem Eintritt in die Reichslande zurückgewiesenen Personen eine außerordentlich geringe ist. (Wie man französischerseits die Grenzpolizei handhabt, zeigt der unter „Berlin“ mitgetheilte Fall, den die „Nordd. Allg. Ztg.“ erzählt.)

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 14. Mai. Seine Majestät der Kaiser eröffnete die zur Feier seines vierzigjährigen Regierungsjubiläums veranstaltete Gewerbeausstellung in Anwesenheit der Erzherzöge, Hofwärtenträger, der gemeinsamen, sowie der österreichischen und der hier anwesenden ungarischen Minister, der Botschafter Frankreichs und Italiens, hoher Staatsbeamten und zahlreicher Mitglieder des Parlaments und Gemeinderaths. Der Präsident der Ausstellungskommission, Bauhaus, richtete an den Kaiser, der mit begeisterten Hochrufen empfangen wurde, eine Jubiläumssprache, worauf der Kaiser erwiderte: „Mit dem wärmsten Interesse verfolge ich die Bestrebungen der heimischen Arbeit auf dem Gebiete der Gewerbeindustrie. Es gereicht mir zu wahrer Befriedigung, hervorzuheben zu können, daß die gewerbliche Leistungsfähigkeit in stetigem Fortschritt begriffen ist und bereits als auf eine hohe Stufe der Entwicklung gehoben, allgemein anerkannt erscheint. Die Erreichung dieses erfreulichen Ergebnisses ist zunächst der fürsorglichen und erfolgreichen Pflege und Förderung des sachlichen Bildungswesens zu danken, wobei dem niederösterreichischen Gewerbeverein durch seine thätige Mitwirkung ein wesentliches Verdienst zufällt. Zu nicht geringem Theile trugen hierzu die Ausstellungen bei, welche die Arbeit, welche eine erhöhte Bedeutung dann zukommt, wenn, wie hier, Kunstgewerbe, Großindustrie und Kleingewerbe sich in harmonischem Wirken zur Erreichung des gleichen schönen Ziel zusammenfinden. Mit lebhaftem Vergnügen erschien ich deshalb zur heutigen Feier und wünsche, daß das mühevoll erworbene glückliche Verlaufs nehmen, die von zahlreichen Ausstellern gebrachten Opfer lohnen und dem Schaffenstrieb erneuerte Anregung geben möge. Nehmen Sie alle meinen Dank, meine volle Anerkennung.“ Nach der Rede ertönten begeisterte Hochrufe. Der Kaiser machte darauf einen zweiwöchigen Rundgang durch die Ausstellung. — Der König von Serbien ist heute Abend hier eingetroffen; der König wurde am Bahnhofe von der Königin Natalie und dem Kronprinzen begrüßt. — Das Abgeordnetenhause begann heute die Berathung des Budgets des Handelsministeriums. Gegenüber verschiedenen Bemerkungen über die Handelsvertragsverhältnisse mit Deutschland erklärte der Handelsminister, auch er erblicke in der provisorischen Verlängerung des deutschen Meistbegünstigungsvertrages nicht das Ideal des wirtschaftlichen Verhältnisses zum Deutschen Reiche. Die Regierung habe aber niemals das Ziel aufgegeben, das wirtschaftliche Verhältniß zu Deutschland inniger zu gestalten, und die handelspolitischen Beziehungen zum Deutschen Reiche auf eine breitere Grundlage der Entwicklung zu stellen.

Zu der Eröffnung der Gewerbeausstellung schreibt das „Fremdenblatt“: „Unter den Festlichkeiten, mit welchen in diesem Jahre alle Schichten der Bevölkerung das Jubiläum des Regierungsantrittes unseres erhabenen Monarchen begehen, nimmt die heute erfolgte Eröffnung der Jubiläumsgewerbeausstellung in unserer Stadt einen hervorragenden Platz ein. Als ein sichtbarer Ausdruck des ungeahnten Fortschrittes, welcher sich auf dem Gebiete gewerblicher Thätigkeit während der letzten vierzig Jahre innerhalb der Grenzen unseres engeren Vaterlandes vollzogen hat, entspricht sie in vollkommener Weise den Absichten, welche von Allerhöchster Stelle über die Art der festlichen Veranstaltungen aus diesem freudigen Anlasse geäußert wurden. Sie wird in ihrer glänzenden Ausstattung den schönsten Beweis für die Unterstützung und Förderung ablegen, welche der Genius der Volksarbeit unter der Regierung Kaiser Franz Joseph I. jederzeit gefunden hat. Der Rundgang, welchen der Kaiser heute in den Räumen der Rotunde vorgenommen hat, wird ihm nenerlich die Ueberzeugung verschaffen, daß Oesterreich in dem großen Wettkampfe der Zivilisation hinter keinem anderen Reiche zurückgeblieben ist.“

Frankreich.

Paris, 14. Mai. Morgen beginnen die Kammern ihre Thätigkeit wieder. In dieser ersten Sitzung werden wichtige Regierungsvorlagen eingebracht werden. Unter Anderem wird Dr. Floquet den angekündigten Gesetzentwurf über das Vereinswesen vorlegen, den er zusammen mit dem Justizminister und dem Vizepräsidenten des Staatsraths ausgearbeitet hat, und der nicht bloß die Rechtsstellung der bürgerlichen Vereine, sondern auch die der religiösen Gemeinschaften regeln soll. Ferner wird der Bauminister Deluns-Montaud eine neue Pariser Stadtbahnvorlage einbringen. Wie man sich erinnert, wurde die frühere von der Kammer abgelehnt, weil sie eine Zinsbürgschaft des Staates enthielt. Die neue enthält keine derartige Bürgschaft. Endlich hat der Finanzminister Peytral zwei Budgetentwürfe ausgearbeitet: einen für eine sechsmonatliche Finanzperiode für den Fall, daß die Kammer auf seinen (bereits früher eingebrachten) Vorschlag der Verlegung des Beginns des Finanzjahres auf den 1. Juli eingeht, und einen anderen auf das

ganze Jahr 1889 berechneten für den Fall der Ablehnung des betreffenden Vorschlags. Die beiden Budgetentwürfe unterscheiden sich in den Ausgaben nur wenig von dem des laufenden Jahres, ausgenommen einige Abstriche an den Ausgaben des Innern und der Finanzverwaltung; die Einnahmen hingegen sind etwas höher veranschlagt, da im laufenden Jahre bisher die Erträge der indirekten Abgaben stetig den Voranschlag übersteigen. — Der „Temps“ meint, die Aufnahme, welche Bon-Langer in Dänischen gefunden, sei ein Beweis dafür, daß die Begeisterung für den General abnehme. Die Kundgebungen zu seiner Begrüßung seien keineswegs einmüthig gewesen; wenn man von der besonders aufgestellten Claque, die ihm folgt, absehe, so sei der Rest der Zuschauer in zwei Lager getheilt gewesen, und den Zurufen sei mit Pfeifen geantwortet worden. Auch sei die Rede, die der General in Dänischen vom Stapel gelassen, sehr unbedeutend gewesen. — Der General du Barail empfing die Präsidenten des Bonapartistischen Komite's und hielt an sie eine Ansprache, in der er darlegte, daß das wirkliche Programm, um das Land vor Ausbeutern zu bewahren, in der Wiederherstellung der Berufung an's Volk bestehe. Es sei notwendig, den Cäsarismus zu proklamieren, das heißt die Vereinigung der Gewalt in kräftigen Händen, um die Nation zu retten vor der Spaltung im Innern und der Bedrohung nach außen. — Der Minister des Auswärtigen wird demnächst mit dem Handelsminister die Antwort auf die italienische Note in Sachen des Handelsvertrages entwerfen. Wenn man auch dem Einvernehmen über die Grundlage der Verhandlungen, die den Vertrag von 1881 bildet, nahe ist, so ist die französische Regierung doch der Ansicht, daß die italienischen Vorschläge noch nicht vollständig genügend seien. Die in diesem Sinne abgefaßte Antwort wird dem italienischen Botschafter zugestellt werden.

Der Pariser Gemeinderath beschloß jüngst, den an den Streike in den Glasfabriken in der Umgebung der Hauptstadt beteiligten Arbeitern eine Unterstützung von 10 000 Frs. zu bewilligen. Der Hinweis einiger republikanischen Organe, daß dieser Beschluß als ungesetzlich aufgehoben werden müsse, wird kaum irgend welchen Erfolg haben, da der radikale Konseilpräsident Floquet keineswegs abgeneigt ist, den Arbeitern in dieser Angelegenheit seine Unterstützung zu gewähren. Bemerkenswert ist, daß das sozialistisch-revolutionäre Centralcomité sich selbst der Aufgabe unterzogen hat, Sammellisten für die am Streike beteiligten Arbeiter in den Werkstätten zu lassen. Die Streikliste weist augenblicklich nur noch einen Bestand von 1400 Frs. auf, die Mitglieder der Syndikatskammer rechnen jedoch darauf, daß abgesehen von den durch den Pariser Gemeinderath bewilligten 10 000 Frs. auch die Privatammlungen einen reichen Ertrag gewähren. In Pantin selbst, dem Hauptorte des Streikes, sowie an den anderen Punkten, woselbst Arbeitseinstellungen erfolgt sind, ist die Ruhe bisher nicht getrübt worden. Das „Journal des Debats“ macht auf den neuen Charakter des Streikes aufmerksam. Früher handelte es sich bei diesen Arbeitseinstellungen um eine Lohnerhöhung oder um eine Herabsetzung der Arbeitszeit. Jetzt aber treten diese rein materiellen Fragen immer mehr in den Hintergrund; es ist den Arbeitern hauptsächlich darum zu thun, ihren Willen in der Person des Beamtenpersonals, dem sie sich zu unterwerfen haben, durchzusetzen. Dies trat schon deutlich bei den Streikes von Angin, Decazeville und Bierzon hervor und zeigt sich noch auffälliger in dem gegenwärtig schwebenden Handel zwischen den Glasfabrikanten des Departements Seine und Seine-et-Oise und ihren Arbeitern, welche streiken, weil einer der Erkeren nicht unverzüglich der Aufforderung gehorcht hatte, seinen Direktor, den Hofhund des ausbeutenden Kapitalismus, des episcopischen Geier (Direktor Amiable ist Belgier) u. s. w. zu entlassen. Der Pariser Polizeipräsident hatte auf der Präfectur eine Unterredung mit einer Anzahl Glasfabrikanten, denen er die Vorteile einer Verständigung darlegte. Die Fabrikanten pflichteten ihm bei und willigten darin, daß eine neue Zusammenkunft der Fabrikbesitzer und der Arbeiter-Delegirten in Anwesenheit des Präfecten auf dem Polizeikommissariat zu Pantin stattfinden soll.

Spanien.

Barcelona, 13. Mai. Zur Eröffnung der Ausstellung werden hier 88 Kriegsschiffe mit einer Gesamtbesatzung von 35 bis 38 000 Mann versammelt sein.

Aus Madrid schreibt man der „Allg. Ztg.“: Die inneren Streitigkeiten in ministeriellen Lager spigen sich darauf zu, daß Sagasta die Geduld zu verlieren beginnt und mit dem Donnerkeil droht. Die Militärreform kann er des Heeres wegen, dessen Unzufriedenheit bedenklich werden würde, nicht fallen lassen und in den wirtschaftlichen Fragen läßt er durch die „Beria“ rundweg erklären, daß er fortan alle grundsätzliche Gegnerschaft mit der Ausweisung aus der Partei beantwortet werde. Gamazo, der den Konservativen offenbar die Presse öffnen soll, sieht sich infolgedessen genöthigt, sich zu unterwerfen oder den Kampf offen zu beginnen. Seine Opposition ist indessen nicht sehr gefährlich, sie machte nur behalt von sich reden, weil er mit einer Reihe Enttäuschter oder Eisenbahn-Konzeptionsbesüchtiger ein Trugsündniß abgeschlossen hatte. Das System wird in Amerika la rollig genannt und ist ein Beweis parlamentarischer Verwilderung, der Sagasta mit Recht ihatkräftig entgegentritt, damit Personen- und Kirchthumsinteressen nicht die nationalen untergraben. In dasselbe Kapitel gehört auch die Canfranc-Eisenbahnvorlage. Seit 1882 ist die Bewilligung zu dieser die Pyrenäen durchbohrenden Bahn gegeben und politisch-strategischer Bedenken der Franzosen wegen schleppt sich die Sache so lange hin. Ascarate äußerte treffend, es sei thöricht, dreier kleinen Ortschaften wegen 20 Millionen zu bewilligen, um dann einem non possumus Frankreichs zu begegnen, das einem Tunnel durch die Mittelpyrenäen dessen Kosten auf etwa 13 Millionen Franken geschätzt sind und von beiden Ländern zu gleichen Theilen getragen werden würden, durchaus abgeneigt ist. Castelar betreibt diese Linie, um seinen aragonischen Wählern gefällig zu sein. Um die Arme frei zu erhalten, droht Sagasta, Gamazo und Genossen abzuschütteln, und die Reife der Königin nach Saragossa und Barcelona kommt gelegen, um den Unschlüssigen Zeit zum Nachdenken zu geben. Daß Castella die Regentin neben Sagasta begleitet ist ein Zeichen zu Gunsten der Militärreformen, deren Weiterberathungen nach dem Besuche fortgesetzt werden sollen.

Großbritannien.

London, 14. Mai. Im Unterhause erklärte Sir James Fergusson, eine der Bedingungen bei dem holländisch-deutschen Syndikat von der Transvaal-Republik gewährten Eisenbahnkonzession, von der portugiesischen Grenze nach Prätoria sei das Recht zollfreier Waareneinfuhr. Die englische Regierung erwäge, ob eine solche Konzession mit dem England vertragsmäßig zustehenden Recht vereinbar sei. Der Schriftwechsel darüber sei mit der Transvaal-Republik im Gange. Fergusson erklärte ferner betreffs der Verhältnisse auf Samoa, daß die diesbezügliche Politik Englands auf der Kolonialkonferenz anfangs 1886 dargelegt und in den Verhandlungen der Konferenz veröffentlicht worden sei. Der darin enthaltene Vorschlag sei der bezüglich der Angelegenheiten im westlichen Theile des Stillen Oceans in Washington zusammengetretenen Konferenz zu ihrem Zusammentritt unterbreitet worden. Vor dem Abschluß dieser Konferenz seien die Verhandlungen sowie die den englischen Vertretern erteilten Instruktionen nicht mittheilbar. Zweifellos habe Deutschland Malietoa seinem Verhalten angemessen behandelt.

Bei dem Aufsehen, welches der Artikel des „Daily Telegraph“ über die englische Wehrkraft macht, dürfte es angezeit erscheinen, die bemerkenswerthen Sätze dieses Artikels wiederzugeben. Es heißt in demselben: „In Folge der schmächtlichen Nachlässigkeit des Parlaments und der von verschiedenen auf einander folgenden Ministerien angenommenen unheilvollen Methode, absichtlich dem Volke die Wahrheit vorzuenthalten, muß endlich die Thatsache zur Anerkennung gebracht werden, daß England völlig unvorbereitet ist auf einen Krieg, ja vielmehr der Gnade und Ungnade jedes europäisch-fremden überlassen ist, wenn nicht ungekündigt energische Maßregeln ergriffen werden, das vereinigte Königreich und das britische Reich in Verteidigungszustand zu setzen. Die von unserem militärischen Gewährungsmann aufgeführten Thatsachen sind die folgenden: Die Stärke der britischen Armee ist ungenügend, sie bedarf sofortiger Verstärkung. Wenn aber morgen neue Mannschaften angeworben würden, so fehlen für dieselben die nöthigen Kasernen. Das Land befindet sich in der schmächtlichen Lage, daß viele seiner Artillerie-Batterien die schlechtesten Kanonen haben, welche irgend eine heutige Armee besitzt. Man sagt, wir hätten das beste in Europa erfundene Magazingewehr. Bis jetzt ist aber leider noch kein einziges Regiment damit bewaffnet. Die Armeevorräthe sind völlig ungenügend. Bisher haben die Engländer sich gerühmt, daß sie keine Armee brauchen, weil ihre Marine unbesiegt sei. Die obenwähnten hohen militärischen Autoritäten versichern uns aber, daß die Marine nicht im Stande ist, unsere Küste, die Kohlenstationen und die entfernt liegenden Theile des Reiches zu verteidigen; es besteht sogar Zweifel, ob die Flotte stark genug ist, den Kanal zu beherrschen. Sobald wir eine irgendwie bedeutende Flotte in der Meerenge von Dover konzentriren, bleiben die anderen Stellungen thatsächlich unverteidigt. In diesem Augenblick befindet sich, wie behördlich festgestellt ist, in keiner unserer Lanformationen von Portland Bill bis zum Tweed eine einzige moderne Hinterladkanone. Das letzte Modell ist eine siebenzöllige Armstrong-Kanone. Die Hinten der Freiwilligen sind veraltet, die Ausrüstung des Forts ist veraltet, die in Woolwich angehäufte Munition für Gewehre und Geschütze ist meistens veraltet. Vier unserer besten Panzerschiffe befinden sich in der monströsen Lage, keine passenden Kanonen zu haben, und zwei davon werden keine vor Ende März 1889 bekommen, wenn sie überhaupt solche erhalten. Zwei gepanzerte Kreuzer müssen noch einige Monate warten, ehe ihre Kanonen fertig gestellt sind. Diese Thatsachen sind außer Frage. Die Nation sollte behalt ohne Verzug die Forderung stellen, daß die Regierung das Problem angreife und vor dem Schluß des Parlaments, ja selbst vor den Pfingstfeiertagen, der Legislatur ein Programm vorlege, um alsbald diesen Mängeln abzuhelfen. Der Einfluß Britanniens im Ausland und seine Sicherheit in der Heimath hängt von der Annahme einer neuen Politik ab, und das Volk hat ein Recht, zu verlangen, daß diesem Zustand der Dinge, welcher ebenso gefährlich, wie unheilvoll ist, ein Ende gemacht wird. Die erste Pflicht des Parlaments ist es, die Ansicht der Sachverständigen zu vernehmen. Dazu bedarf es nicht einer sich über Monate hinziehenden Untersuchung. Es kann und sollte sofort geschehen, und es sollten sofort Dringlichkeitsmaßregeln adoptirt werden. Ein Faktor kommt bei allen diesen Dingen in Betracht: daß man mit Geld vieles erkaufen kann, aber eines nicht, nämlich Zeit. Eine Parlamentsaktion kann die Fabrication von Magazingewehren und Stahlkanonen nicht erheblich beschleunigen. An höchster Stelle ist man der Ansicht, daß wir in der Artillerie so weit hinter andere Nationen nachhinken, daß Armstrong, Whitworth und Woolwich alle zusammen nicht im Stande sind, in gehöriger Zeit die Kanonen zu liefern, welche den Schiffen, Forts und Batterien fehlen, und ohne welche sie nutzlos sind. Es ist höchst demüthigend für eine Nation, welche die größten mechanischen Hilfsquellen und vielleicht mit den besten Ingenieuren besitzt, und die in der Fabrication der modernen Artillerie voranzugeht, sich an's Ausland wenden muß um schwere Geschütze. Noch demüthigender ist es, daran zu denken, daß so wenig Verlaß ist auf die Geschütze unserer Flotte. Kommandeur Johnson von der „Druid“ räumte seine Decks bei Tamatawe, als die Gefahr eines Zusammenstoßes mit den Franzosen bestand. Späterhin wurde eingetaucht, daß er gemerkt worden war vor dem Gebrauch der meisten seiner Kanonen. Das war 1883. Es wäre interessant, zu erfahren, wie viele Kapitäne der Marine eine ähnliche Angst haben vor ihren eigenen Waffen. Auf unser gewöhnliches gutes Glück dürfen wir uns nicht verlassen, denn die Zeiten haben sich geändert. Eine feindliche Flotte kann jetzt in wenigen Stunden über den Kanal kommen, und das Schicksal der Nation ist jetzt eine Frage von Wochen, nicht, wie früher, von Jahren. Es bleibt keine Zeit übrig, Fehler wieder gut zu machen. Ebenso wenig dürfen wir uns auf den Heldenmuth unserer Soldaten und Seelen verlassen. Die menschliche Natur ist überall dieselbe. Man stelle Engländer auf schlechtere, oder langsamere, oder weniger gut armirte Schiffe als die der Gegner, man stelle die englischen Artilleristen hinter Kanonen von kürzerer Flugbahn und geringerer Durchschlagskraft, man setze englische Truppen dem Feuer der Magazingewehre aus, während sie selbst veraltete Sniders oder Martini-Henry haben, und sie werden demoralisirt werden. Besteht ein Grund, weshalb gerade unsere Nation vor allen übrigen sich in solcher Lage befinden soll?“

Rumänien.

Bukarest, 14. Mai. Die „Romania Libera“ erfährt zuverlässig, daß das Parlament Anfangs Juli aufge-

Serder'sche Verlagsbuchhandlung in Freiburg im Breisgau.

M. 828. Soeben ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:
Jahrbuch der Naturwissenschaften. Dritter Jahrgang: 1887-1888.
 Enthaltend die hervorragendsten Fortschritte auf den Gebieten: Physik, Chemie und chemische Technologie; Mechanik; Astronomie und mathematische Geographie; Meteorologie und physikalische Geographie; Zoologie und Botanik; Forst- und Landwirtschaft; Mineralogie und Geologie; Anthropologie und Urgeschichte; Gesundheitspflege, Medizin und Hygiene; Länder- und Völkerkunde; Handel, Industrie und Verkehr. Unter Mitwirkung von Fachmännern herausgegeben von Dr. Max Wildermann. Mit 24 in den Text gedruckten Holzschnitten. 8°. (XX u. 565 S.) Mit 6; in Original-Einband, Feinwand mit Deckenprägung M. 7. — Die Einbanddecke allein 70 Pf.
 Dieses Jahrbuch führt in gemeinverständlich, anregender Sprache die wichtigsten Errungenschaften vor, die das verfloßene Jahr auf dem Gesamtgebiete der Naturwissenschaften gebracht hat. Die beiden früheren Jahrgänge haben eine überaus günstige Aufnahme gefunden. Um so mehr ist dies von dem vorliegenden, in mehrfacher Beziehung vervollkommenen neuen Jahrgang zu erwarten.

Kinder-Soolbadstation Dürheim.

Eröffnung der Station am 28. Mai. Die Aufnahmebedingungen sind die gleichen wie bisher, nur daß außer den Verpflegungs- und Badkosten 2 M. 10 Pf. für bemittelte Eltern, 2 M. für Armen- und Kreisverbände zc. pro Kopf und Tag und 40 Pf. pro Bad — von nun an noch ein ärztliches Honorar von 4 M. 50 Pf. und beziehungsweise 3 M. 50 Pf. pro Kur zu vergüten ist.
 Was die ärztlichen Zeugnisse betrifft, so erfordern wir die Herren Ärzte, keine Kinder zur Aufnahme zu empfehlen, welche erst vor Kurzem eine akute infektiöse Krankheit überstanden haben.
 Zur Ermöglichung der Aufnahme von Kindern unbemittelter Eltern bitten wir dringend um freundliche Geldspenden. Zur Entgegennahme von solchen sind die unterzeichneten Vorstandsmitglieder gerne bereit.
Badischer Frauenverein. Abteilung für Krankenpflege.
 Frau von Berthel; Frau Hofstallmeister Sachs; Frau von Schönau-Wehr; Frau von Stöffer, Stefaniestraße 71; Frau von Götter; Frau von A. von Seldeneck, Leopoldstr. 59; Geheime Referendar Freiherr von Redt; Geheime Referendar Maurer; Hofrat Dr. von Seyfried; Medizinalassessor Ziegler; Geh. Rath Dr. Ullmann; Militäroberpfarrer Ringado; prakt. Arzt Dr. Wilfer; Finanzrath D. Müller.
 Karlsruhe, den 9. Mai 1888. M. 834.1.

Deutsche Union-Bank.

Laut Beschluß der heutigen Generalversammlung gelangt der Dividende-Coupon Nr. 15 unserer Bank mit 4% gleich Mark 12.— per Actie von heute ab zur Einlösung.
 Die Auszahlung erfolgt:
 in Mannheim an unserer Kasse,
 in Stuttgart bei der Königl. Württemb. Hofbank,
 in Karlsruhe bei dem Banthause Veit & Somburger,
 in Frankfurt a. M. bei dem Banthause von Erlanger & Söhne.
 Mannheim, den 14. Mai 1888.

M. 837. Die Direction. K. 133.54. Karlsruhe.

Knochen

werden zu kaufen gesucht. Offerten mit Preisangabe bittet man unter J. K. Nr. 649 an die Exped. dieses Blattes abzugeben. M. 895.1.



Feuer-, Fall- u. einbruch-sichere Geld-, Bücher- und Dokumenten-Schränke empfiehlt Wilh. Weiss Karlsruhe, Erbprinzenstr. 24.

Süddeutsche Edel- & Unedelmetall-Berufsgenossenschaft.

M. 838. Die diesjährige ordentliche Genossenschaftsversammlung findet am 4. Juni, Vormittags 10 Uhr, im Lokal derloge Carl in Frankfurt a. M. statt.
 Die Tagesordnung enthält folgende Gegenstände:
 1. Bericht des Vorstands über den Geschäftsgang im Jahr 1887.
 2. Prüfung und Abnahme des Rechenschaftsberichts für das Jahr 1887.
 3. Festlegung des Etats für das Jahr 1888.
 4. Renouveau von drei Vorstandsmitgliedern und drei Stellvertretern.
 5. Wahl einer Kommission zur Prüfung der Abrechnung für das Jahr 1888.
 6. Beschlußfassung über die Anlage des Reservefonds.
 7. Beschlußfassung über den Zuschlag zum Reservefond für das Jahr 1888.
 8. Beschlußfassung über die Zugehörigkeit der Edel- u. Halbedelsteinschleifer und Schneider zu unserer Genossenschaft.
 9. Revision des Gehaltentarifs.
 10. Anträge auf Statutenänderung.
 11. Anträge aus der Mitte der Versammlung.
 Suttgart, den 10. Mai 1888.

Der Vorstand der Süddeutschen Edel- & Unedelmetall-Berufsgenossenschaft. Dr. von Schauss, Vorsitzender.

Stellegeheuch. Holzversteigerung.

M. 801.2. Ein in der administrationen sowohl wie in der kaufmännischen Buchführung, dem Krankentassen- u. Rechnungsweifen durchaus erfahrener und selbständiger Verwaltungsbeamter, erste Kraft, seit 4 Jahren Chef eines größeren Bureaus, sucht sich zu verändern. Beste Referenzen. Geht. Offerten sub O. M. an die Expedition d. Bl.

Badische Weine.

Beliebte angenehme Fischweine. Guter Ersatz für Mosel. 1 Kiste mit 20 grossen Flaschen in 4 Sorten 20 Mark. J. F. Menzer, Neckargemünd. M. 625.15.

Bekanntmachung.

M. 839. Nr. 17,983. Pforzheim. Friedrich Eisenlöffel in Pforzheim wird als Agent des Auswanderungsunternehmers Herrn Jean Ebert in Mannheim für den diesseitigen Amtsbezirk beauftragt. Pforzheim, den 9. Mai 1888. Groß. bad. Bezirksamt. R. Clemm.

Bekanntmachung.

N. 866. Gernsbach. Das Lagerconcept von der Gemahlung Langenbrand wird mit höherer Ermächtigung gemäß Art. 82 der allerhöchsten landesherrlichen Verordnung vom 11. September 1883 vom Mittwoch dem 16. d. Mies. auf die Dauer von vier Wochen zur Einsicht der betheiligten Grundeigentümer im Rathhause zu Langenbrand aufgelegt.
 Etwaige Einwendungen gegen den Inhalt der eingetragenen Beschreibungen der Eigenschaften und ihrer Rechtsbeschaffenheit sind dem Unterzeichneten innerhalb genannter Frist mündlich oder schriftlich vorzutragen.
 Gernsbach, den 11. Mai 1888. Der Lagerbuchbeamte: Brunner, Geometer.

Süddeutscher Eisenbahn-Verband.

M. 843. Karlsruhe. Mit Gültigkeit vom 10. Mai 1. J. ist zum Verbands-Gütertarif Nr. 6 (Main-Neckarbahn-Baden) der Nachtrag VII ausgegeben worden.
 Derselbe enthält neben verschiedenen Berichtigungen Änderungen und Ergänzungen des Artikelverzeichnis des Ausnahmestafels 14 und 15, sowie die Aufnahme der Station Frankfurt a. M. Baden in den direkten Verkehr.
 Karlsruhe, den 15. Mai 1888. General-Direktion der Groß. bad. Staatsbahnen. M. 814.2. Nr. 2491. Mannheim. Groß. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Holzversteigerung.

M. 830.2. Die Bezirksforstrei Triberg versteigert. Dienstag den 22. Mai, Nachmittags 3 Uhr, auf dem Rathhause in Hornberg aus Domänenwald Storenwald mit 6 Monat Borgriff: 382 Beistannen, 10 Fichten, 10 Föhren Stämme und Klöße I., II., III. u. IV. Klasse mit 902 Ebn.
 M. 827.2. Heberlingen. Steuerkommissärsgelhilfe. Mit sofortigem Eintritt und auf die Dauer von 3 1/2 Monaten wird ein Gehilfe II. Klasse gesucht. Bezahlung den Leistungen entsprechend. Heberlingen, den 13. Mai 1888. Steuerkommissär Wundt.

Deutsche Lebensversicherungs-Gesellschaft in Lübeck. Bilanz Ultimo December 1887.

Debitores.		Ultimo December 1887.		Creditores.	
1. Actienwechsel	1377 000	00	1. Capital in 425 Actien	1530 000	00
2. Grundstücke:			2. Schäden-Reserve:		
a) Haus der Gesellschaft alt ^o 1886	M. 436 500,00		a) für anerkannte, aber noch unbezahlte Forderungen aus Versicherungsverträgen	M. 72 029,79	
Abrechnung im Jahre 1887	" 4 500,00	M. 432 000,00	b) für zweifelhafte Forderungen aus Versicherungsverträgen (Reserve für unerledigte Gegenstände)	" 39 175,41	111 204 80
b) andere Grundstücke alt ^o 1886	M. 26 070,00		3. Prämien-Reserve:		
hiervon sind im Jahre 1887 drei Grundstücke verkauft worden zu	" 12 790,00	13 280,00	a) für Lebens-Versicherungen	M. 28 023 727,45	
		445 280 00	b) " Sterbefällen-Versicherungen	" 81 025,70	
3. Belegte Gelder, und zwar:			c) " Aussteuer-Versicherungen	" 949 687,00	
a) Hypotheken	M. 28 400 244,76		d) " Sparkasten-Versicherungen	" 539 691,80	
b) Effecten	" 1 865 259,75		e) " Renten-Versicherungen	" 1 550 648,28	
c) Darlehen gegen Versicherung zc.	" 178 350,00		f) " Prämien-Ueberschlag	" 1 793 509,37	32 988 290 10
d) Policen-Darlehen	" 2 456 711,18	32 900 565 63	4. Reserve für unvorhergesehene Verluste	400 913 77	
4. Außenstände bei Agenten	68 743 87	87	5. Gesetzlicher Capital-Reservefonds	153 000 00	
5. Guthaben bei Bankhäusern	102 949 35	35	6. Sonstige Passiva:		
6. Kassenbestand	30 614 41	41	a) für die Versicherten zurückgestellter Gewinnanteil, Abtheilung A.	M. 66 550,76	
7. Stückzinsen bis alt ^o 1887	17 714 31	31	Abtheilung B.	" 323 388,02	
8. Mobilien alt ^o 1886	M. 11 900,00		M. 389 939,68		
Abrechnung im Jahre 1887	" 1 700,00	10 200 00	b) Noch nicht abgeforderte Dividende der Versicherten, Abtheilung A.	" 137 621,62	
9. Sonstige Forderungen:			Abtheilung B.	" 18 146,46	
a) gestundete Prämienraten	M. 1 152 069,45		c) Unerlöste Gewinnanteilscheine, Abtheilung B.	" 77 174,43	
b) Guthaben an Prämienreserve beim Rückversicherungsverbände	" 248 569,57		d) Voranzugahlte Zinsen	" 94 396,47	
c) Diverse ausstehende Forderungen	" 61 622,41	1 462 261 44	e) Guthaben des Rückversicherungsverbandes an Prämien-Reserve	" 169 383,02	
			f) Unterstützungsfonds für Beamte der Gesellschaft	" 94 396,47	
			g) Guthaben von Agenten	" 11 058,47	
			h) Diverse Creditores	" 54 137,28	
			i) Fälliger Gewinnanteil der Abtheilung B., Jahresklasse		
			1872	M. 71 879,09	
			" 1876	" 86 792,15	
			" 1880	" 45 003,68	
			" 1884	" 29 486,79	
			M. 233 162,01		
			7. Gewinn aus dem Jahre 1887	M. 342 434,46	1 185 020 34
			Hieron sind laut Gewinn- und Verlust-Rechnung den Versicherten überwiesen und nach Maßgabe der Vorbemerkungen zur Bilanz an die einzelnen Abtheilungen derselben vertheilt worden	M. 242 250,00	
			und dem Reserve-Couto für unvorhergesehene Verluste überwiesen	" 3 284,46	
			M. 245 534,46		
			Dividende der Actionäre und Tantieme aus dem Jahr 1887	M. 96 900,00	96 900 00
				M. 36 415 329 01	36 415 329 01

Lübeck, den 23. April 1888.
Der Verwaltungsrath:
 Dr. A. Brehmer. Johs. Fehling. F. Zahlberg. Dr. F. Buchholz. S. Mann. S. C. Otto. M. 817.
Der Director:
 Bernh. Sydow.
 Die Uebereinstimmung der vorstehenden Jahresrechnung mit den Büchern der Deutschen Lebens-Versicherungs-Gesellschaft wird bezeugt
 Lübeck, den 24. April 1888,
 von den Revisoren:
 Dr. L. Müller. G. Ed. Tegtmeyer.

Vorgelegt in der General-Versammlung am 9. Mai 1888.
 Druck und Verlag der G. Braun'schen Hof- und Universitäts-Buchdruckerei. (Mit einer Beilage.)